

Die NABU-Umweltverträglichkeitsprüfung der Landtagskandidatinnen und -Kandidaten bei der Landtagswahl 2016

Weinheim (WK 39)

Von den Kandidatinnen und Kandidaten der FDP (Andrea Reister) und der CDU (Georg Wacker) haben wir leider keine Antwort bekommen.

1. Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren leicht gesunken, dennoch sind wir noch weit vom Ziel des Netto-Null-Flächenverbrauchs entfernt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass trotz des zusätzlichen Wohnraumbedarfs der Flüchtlinge weiterhin hart an der Senkung des Flächenverbrauchs gearbeitet wird? Werden Sie ebenfalls dafür sorgen, dass für notwendige Baumaßnahmen sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen in der Fläche festgelegt werden und deren Umsetzung sorgfältig kontrolliert wird?

Gerhard Kleinböck (SPD): Wir können es uns nicht erlauben, immer mehr Landesfläche durch Baugebiete und Verkehrsflächen zu versiegeln und dem Naturkreislauf wie auch der Landwirtschaft zu entziehen. Mit dem „Hinweispapier für die Plausibilitätsprüfung von Bauflächenbedarf“ hat die grün-rote Landesregierung ein landesweit abgestimmtes Vorgehen bei der Ausweisung von Bauland und beim Flächenmanagement ermöglicht. So müssen Kommunen glaubhaft begründen, dass ein Flächenausbau nötig ist. Priorität sollte meiner Meinung nach nicht neues Bauland haben, sondern der Bestand: ungenutzte Grundstücke innerhalb der Gemeinde, aufgegebenes Gelände von Bahn oder Militär, brachliegende Gewerbeflächen.

Auf Initiative von Baden-Württemberg hat die Bauministerkonferenz im November 2014 beschlossen, den sparsamen Umgang mit Flächen durch Steuererleichterungen zu fördern.

Ulrich Sckerl (Die Grünen):

Unser Ziel ist, den zusätzlichen Flächenverbrauch in der Natur auf Netto-Null herunterzuschrauben. Die Eindämmung des Flächenverbrauchs ist ein wichtiger Beitrag zum Bodenschutz und dient gleichzeitig auch dem Gewässer-, Klima- und Hochwasserschutz. Mit weniger als 6 Hektar Flächenverbrauch pro Tag haben wir in den Jahren 2013 und 2014 den seit Jahrzehnten niedrigsten Verbrauch. Doch nach wie vor ist

der Bodenverbrauch durch Flächenversiegelung zu hoch.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb auf allen Ebenen für eine Trendwende im Flächenverbrauch der ungenutzten Naturflächen ein. Flächensparen als wesentliches Ziel unserer ressourcenschonenden Politik kann aber nur gelingen, wenn auch die Kommunen mit im Boot sind. Die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften und bezahlbarem Wohnraum stellt nicht nur Bund und Länder, sondern vor allem die Kommunen vor Herausforderungen. Die Innenentwicklung gewinnt an Bedeutung, so dass viele Kommunen in ihren Bebauungsplänen bei begrenzten Grundstücksflächen ein oder zwei Geschosse mehr zulassen, sofern es städtebaulich verträglich ist. Wenn die Bebauung in den Städten dichter wird, so dass es für Grünflächen und Bäume keinen Platz vor oder neben dem Gebäude gibt, dann ist es sinnvoll, die Fassade oder das Dach zu begrünen. Dafür haben wir GRÜNE in der ökologisch und sozial erneuerten Landesbauordnung die Voraussetzung geschaffen.

Die Kommunen müssen im Rahmen ihrer Planungshoheit der Nutzung von Baulücken und Brachflächen im innerörtlichen Bereich den Vorrang geben anstatt neue Baugebiete auszuweisen. Dazu hat die GRÜN-geführte Landesregierung den Kommunen Fördermittel für die Innenentwicklung sowie technische Hilfsmittel für das Flächenmanagement bereitgestellt. Diese Anstrengungen wollen wir verstärken und zudem eine aktive Innenentwicklungsberatung für Kommunen aufbauen.

2. Naturschutzgebiete (NSGs) sind die Edelsteine unter den Schutzgebieten und das Rückgrat des Biotopverbunds. Dennoch sind NSGs teilweise in einem sehr schlechten Pflegezustand und sie stehen unter einem enormen Freizeitdruck durch Hundebesitzer und Sportler. Aufgrund von Personalmangel fehlt in vielen Gebieten die ausreichende Betreuung durch die Naturschutzverwaltung.

Werden Sie dafür sorgen, die bestehenden NSGs aufzuwerten und neue NSGs auszuweisen?

Werden Sie sich für eine bessere Personalausstattung der Naturschutzverwaltung einsetzen?

Gerhard Kleinböck (SPD): Die Schaffung des ersten Nationalparks in Baden-Württemberg im Schwarzwald war ein großer Erfolg für den Naturschutz in Baden-Württemberg. Im Südschwarzwald helfen wir als SPD mit, ein zweites Biosphärengebiet zu etablieren und bringen so Natur, Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität

weiter zusammen. Wir wollen die vorhandenen Schutzgebiete im Land weiterentwickeln, damit diese ihre Funktion für Natur, Landschaft und Tourismus optimal erfüllen können. Zudem werden wir verstärkt Naturschutzzentren für eine gute Umweltbildung ausbauen. Ich freue mich besonders, dass eines dieser Zentren für Umweltbildung hier im Wahlkreis entstehen wird: Die

Fischkinderstube in Edingen-Neckarhausen wird mit Mitteln des Landes verwirklicht und trägt dazu

bei, das Gewässer und seine Lebewesen zu schützen und gleichzeitig Umweltwissen zu vermitteln.

Ulrich Sckerl (Die Grünen):

„Wir haben in dieser Legislaturperiode die Voraussetzung geschaffen, um die Ausweisung der FFH-Gebiete im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 zügig voranbringen zu können. Mit der Gründung von inzwischen 31 Landschaftserhaltungsverbänden in den Landkreisen haben wir dafür gesorgt, dass die Managementpläne für Natura 2000 schnell erarbeitet und umgesetzt werden können. Wir haben den Landschaftserhaltungsverbänden von Landesseite je 1,5 Stellen und den zuständigen Landratsämtern je eine weitere Stelle finanziert. Ihre Arbeit wollen wir mit der Koordinierungsstelle des Landes weiter unterstützen und Anreize für die Gründung weiterer Landschaftserhaltungsverbände setzen. Wir treten weiterhin für eine verbesserte personelle Ausstattung im Naturschutz ein und wollen entsprechend in der nächsten Legislaturperiode die Mittel für den Naturschutz von 60 Millionen auf 90 Millionen Euro im Jahr erhöhen.“

3. Unzerschnittene Landschaftsräume sind selten geworden in Baden-Württemberg. Für viele Tiere stellen die Verkehrswege eine unüberwindbare Hürde dar.

Werden Sie für mehr "Grüne Infrastruktur" sorgen und sich für Grünbrücken, Krötentunnel und andere Querungshilfen einsetzen? Werden Sie auch dafür sorgen, dass hierfür genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen?

Gerhard Kleinböck (SPD):

Zu einer naturschonenden Infrastruktur gehört für mich auch die Tatsache, dass wir die Devise „Sanierung vor Neubau“ im Straßenbau weiter verfolgen. Dort, wo Straßen oder Radwege neu gebaut werden oder Sanierungen es möglich machen, unterstütze ich die Schaffung von Querungshilfen und Grünflächen. Dafür müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, vor allem auch im Vorfeld bei der Bedarfsplanung. Ein aktuelles Beispiel aus der Region zeigt, dass das Land hier bereits aktiv ist: Für einen Hamstertunnel beim Bau des Radweges zwischen Seckenheim und Edingen-Neckarhausen wurden 100.000 Euro bereitgestellt. Außerdem wurde beim Bau des Weges berücksichtigt möglichst viele Bäume erhalten zu können.

Ulrich Sckerl (Die Grünen):

Wir Grüne haben uns zum Ziel gesetzt, Baden-Württemberg zur Pionierregion für nachhaltige Mobilität zu machen. Dabei ist es uns auch wichtig, Straßenbau und Naturschutz zusammenzubringen und nicht getrennt voneinander zu betrachten.

Um die negativen Auswirkungen der sogenannten „grauen“ Infrastruktur, d.h. Siedlungs- und Verkehrsflächen, zu reduzieren, hat das grün-geführte Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden ein umfassendes Wiedervernetzungs-konzept erarbeitet.

Auf Basis des Fachplans „Landesweiter Biotopverbund“ und des Generalwildwegeplans wurden die 125 wichtigsten Konfliktstellen im Land identifiziert. Daraus wurde eine Reihung mit den vorrangigsten 25 Wiedervernetzungsabschnitten erarbeitet. Diese wollen wir nun Schritt für Schritt abarbeiten. So werden derzeit Querungshilfen –in der Regel in Form von Grünbrücken –von den Regierungspräsidien an mehreren prioritären Abschnitten des Bundesprogramms Wiedervernetzung geplant.

Die Deutsche Bahn plant in Zusammenhang mit der Rheintalbahn (Güterumfahrung bei Freiburg) eine Grünbrücke, die südlich von Freiburg auch die A 5 queren wird.

Darüber hinaus wurden in jedem Regierungsbezirk die Top 10 der Konfliktstellen im Bereich Amphibienwanderwege identifiziert, priorisiert und mit einem entsprechenden Steckbrief mit Schutzmaßnahmen versehen. Auch hier wollen wir konsequent weiterarbeiten, damit Amphibien sicher zu ihren Laichplätzen und zurück wandern können.

Daneben legt die Straßenbauverwaltung ein sogenanntes „Straßenbegleitgrün“ an. Das sind Gras- und Gehölzflächen an den Rändern von Straßen, die als Lebensraum und Rückzugsort für viele Tiere und Pflanzen dienen können. Bei der Pflege dieser Flächen wird beispielsweise durch gezieltes Stehenlassen einzelner Bäume auch vermehrt auf die Erhaltung der Artenvielfalt geachtet. Ein entsprechender Leitfaden wurde vom baden-württembergischen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur veröffentlicht.

Die Verwaltung versucht bereits bei der Planung sicherzustellen, dass Eingriffe in die Natur beim Straßenbau möglichst gering ausfallen. Das Land gleicht diese Eingriffe aus, indem es an anderer Stelle in Naturschutzprojekte investiert. Seit 2011 gibt es einen neuartigen Ansatz im Land, der solche Ausgleichsaktionen effizienter handhabbar macht und ihren naturschutzfachlichen Wert erhöht. Das Land beauftragt die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH, die zentral die erforderlichen Ausgleichsprojekte organisiert – z.B. die Renaturierung von Fließgewässern. Dafür erhält das Land sogenannte Ökopunkte, die auf einem Ökokonto für zukünftig benötigte Ausgleichsprojekte zur Verfügung stehen. Dadurch kann die Flächenagentur flexibel planen: Früher hat man für den Ausbau einer Landesstraße nur im genau erforderlichen Maß ein paar Trockenmauern gebaut und fertig. Daraus ist ein Flickenteppich von Naturschutzprojekten entstanden, die keiner übergeordneten Strategie folgten. Durch das System des Ökokontos ist es jetzt möglich, kontinuierlich an großen Projekten zu arbeiten. Das entlastet die Straßenbauverwaltung, da sie die Ausgleichsmaßnahmen an die Flächenagentur abgibt.

4. Streuobstwiesen und Wiesen mit Salbei und Margeriten sind voller Leben: Sie gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Europas und bilden Grüngürtel um viele Siedlungen in unserer Region. Baden-Württemberg hat eine besondere Verantwortung für diese Ökosysteme.

Werden Sie dafür sorgen, dass Streuobstwiesen gesetzlich geschützt werden?

Gerhard Kleinböck (SPD): Ja. Als SPD werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass

Streuobstwiesen, Weideflächen und Steilhänge in den Rebanlagen erhalten bleiben. Dazu gehören auch die Streuobstwiesen an der Bergstraße. Dafür werden wir bestehende Förderprogramme weiterentwickeln. Außerdem wollen wir mit dem Aktionsprogramm Biotopverbund die ökologische Vielfalt auf den Äckern stärken.

Ulrich Sckerl (Die Grünen):

Eine kritische Bestandsaufnahme und ein zukunftsweisender Maßnahmenplan, das ist die neue

Streuobstkonzeption der Landesregierung, die nun schrittweise analog zur Naturschutzstrategie umgesetzt wird. Die Unterstützung für Wiesen und Bäume soll bei all denjenigen ankommen, die sie pflegen, die das Obst ernten und verarbeiten. So zahlt die Landesregierung pro Baum künftig 15 Euro für fachgerechten Schnitt bei der Einreichung von Sammelanträgen. In 5 Jahren kann diese Förderung insgesamt zweimal in Anspruch genommen werden. Davon profitieren besonders die privaten

Stücklesbesitzer*innen. Die Prämie für die Bewirtschaftung von Streuobstflächen wird weiterhin gezahlt.

5. Der NABU fordert, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie naturverträglich stattfindet. Konflikte mit Vögeln oder Fledermäusen sind zu vermeiden.

Werden Sie dafür sorgen, dass alte und naturnahe Wälder - die bevorzugten Lebensräume der Fledermäuse - beim Ausbau tabu sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, mehr Geld in Forschung und Monitoring zum Artenschutz bei Windenergieanlagen zu investieren?

Gerhard Kleinböck (SPD): Ich stehe zu einem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Wind- und Solarenergie. Dieser ist sowohl notwendig für Klima und Natur und sichert Arbeitsplätze durch den Anstoß von Innovationen. Mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes haben wir die jahrelange Blockade der Windenergie in Baden-Württemberg aufgehoben. Wir werden den Ausbau von Windkraftanlagen auch im Staatswald weiter fördern, allerdings unter Berücksichtigung des Artenschutzes. Das Gesamtkonzept Waldnaturschutz wollen wir konsequent umsetzen und den Anteil der natürlichen Waldentwicklung deutlich erhöhen. Ich kann jedoch nicht ausschließen, dass auch im Odenwald, also in zweiter und dritter Reihe, Windkraftanlagen entstehen. Wichtig ist mir das Ziel bis 2020 zehn Prozent Windkraft in Baden-Württemberg zu erreichen.

Ulrich Sckerl (Die Grünen):

Für uns Grüne spielt der Arten- und Naturschutz beim Windkraftausbau eine große Rolle. Gefahren für windkraftempfindliche Vogel- und Fledermausarten können in der Regel durch eine sorgfältige Standortwahl vermieden werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren stellen sicher, dass der Artenschutz gewahrt bleibt. Es gibt dabei eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, damit die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes eingehalten werden. So werden z.B. die Orte der Brutstätten von Rot- und Schwarzmilan bei der Standortwahl zugrunde gelegt. Die Wahrheit aber ist: Die größte Gefahr für die Artenvielfalt geht vom Klimawandel aus